

FS2NEU Freiheit sichern - kein Fußbreit dem Faschismus!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 06 Schwerpunkt Innenpolitik: Freiheit sichern!

1 Wo man im Jahr 2018 auch hinschaut, fast überall im politischen Betrieb wird der
2 Rechtsruck deutlich, den selbiger in den letzten Jahren hinter sich hat. Bei der
3 Bundestagswahl 2017 zog mit der AfD eine rechtsextreme Partei in den Bundestag
4 ein. Insbesondere Geflüchtete und als nicht-deutsch gelesene Personen, aber auch
5 politisch andersdenkende Menschen sind zuletzt einer immer größer werdenden
6 Bedrohung durch rechte Übergriffe ausgesetzt. Dazu kommen massive verbale
7 Einschüchterungen und Hetze, insbesondere online in den sozialen Netzwerken.

8 Den Rassismus der "Mitte" enttarnen!

9 Gefährlich machen den Rechtsruck jedoch nicht nur die Aktivitäten alter und
10 neuer Nazis, sondern auch das Agieren der sogenannten politischen und
11 gesellschaftlichen "Mitte". Führende Politiker*innen von CDU und besonders der
12 CSU machen mit rassistischen und rechtspopulistischen Parolen Wahlkampf und
13 selbst einige wenige Politiker*innen der SPD, Linken und Grünen Stimmung gegen
14 Geflüchtete. Alle Asylrechtsverschärfungen der letzten Jahre wurden sowohl im
15 Bundestag als auch in der Bevölkerung von Mehrheiten getragen, deren Gesinnung
16 von einer klassisch "rechtsextremen" weit entfernt ist. Ähnliches gilt für den
17 in der BRD immer noch grassierenden Alltagsrassismus. Derart in der Gesellschaft
18 fest verankerte Formen des Rassismus werden oft nicht als solche erkannt und
19 sind gerade deswegen ein großes Problem. Hierzu zählen unter anderem
20 diffamierende Begriffe für Menschen afrikanischer Herkunft, Sinti oder Roma.
21 Sprache bestimmt das Denken. Schlimmer noch: Kritik an rassistischen Aussagen,
22 Handlungen und Gesetzen wird relativiert und diskreditiert. Wir werden den
23 Rassismus der "Mitte" enttarnen und wenden uns klar gegen jede rassistische
24 Hetze, beispielsweise die der CSU.

25 Schluss mit dem Extremismus-Quatsch!

26 Ein weiteres Instrument zur Verschleierung und Negierung menschenverachtender
27 Einstellungen in der "Mitte" der Gesellschaft ist die sogenannte
28 Extremismustheorie. Dabei werden radikal Rechte und radikal Linke pauschal
29 gleichgesetzt, ihnen die gleichen "verfassungsfeindlichen" Einstellungen
30 zugesprochen und die "Mitte" ebenso pauschal von menschenfeindlicher Gesinnung
31 freigesprochen. Völlig undifferenziert werden die unterschiedlichsten
32 politischen Einstellungen, die scheinbar von derer der Mehrheitsgesellschaft
33 abweichen, unter dem Extremismusbegriff zusammengefasst. Sogenannte radikale
34 Rechte und radikale Linke unterscheiden sich im Kern ihrer Ideologie
35 grundsätzlich: Rechts steht eine Theorie der Ungleichheit, Links ist eine
36 Theorie der Gleichheit konstituierendes Merkmal. In der Wissenschaft ist die
37 Extremismustheorie deswegen sehr umstritten und wird von vielen
38 Wissenschaftler*innen als falsch abgelehnt. Auch für die GRÜNE JUGEND Bayern
39 verbietet sich jede Gleichsetzung von links und rechts und eine Absolution der
40 "Mitte". Menschenfeindliche Einstellungen müssen unabhängig davon, wer sie
41 äußert, benannt und bekämpft werden. Und Menschen, die sich Nazis in den Weg
42 stellen, verdienen Anerkennung und keine Gleichsetzung mit ihren Gegner*innen!

43 Verfassungsschutz abschaffen!

44 Auf der Extremismustheorie basiert auch die Arbeit des Landesamts für
45 Verfassungsschutz in Bayern. In seinen Lageberichten werden Aktivitäten von
46 radikalen Linken und radikalen Rechten nebeneinander aufgereiht. Wie
47 inkonsequent der Verfassungsschutz bei der Anwendung seiner eigenen Theorie ist,
48 zeigt sich in der Beobachtung von Teilen der Linkspartei und der Nicht-
49 Beobachtung der AfD. Generell erscheint gerade in Bayern der Verfassungsschutz
50 als Mittel der CSU, insbesondere zur Diskreditierung linker Einstellungen und
51 Strukturen. Darüber hinaus war der Verfassungsschutz tief in den NSU-Skandal
52 verstrickt und fördert nicht selten die neonazistische Szene durch die Gehälter
53 von V-Personen. Der Verfassungsschutz ist als Behörde gescheitert. Die GRÜNE
54 JUGEND Bayern fordert deswegen die sofortige Abschaltung aller V-Personen und
55 anschließend sobald wie möglich die Abwicklung und Abschaffung des
56 Verfassungsschutzes. Stattdessen muss eine Institution aufgebaut werden, die
57 ihre nachrichtendienstlichen Aktivitäten auf ein Minimum beschränkt, eng mit
58 Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammenarbeitet und Konzepte für den
59 zivilgesellschaftlichen Kampf gegen menschenverachtende Einstellungen und
60 Ideologien vorlegt. Darüber hinaus wollen wir die parlamentarische Kontrolle des
61 noch bestehenden Verfassungsschutzes und der zu zu schaffenden Institution
62 stärken und hierzu ein parlamentarisches Kontrollgremium.

63 Ob NPD oder "III. Weg" - den NS-Wiedergänger*innen den Kampf ansagen!

64 Neben der NPD haben sich mit dem "III. Weg", der Nachfolgepartei des verbotenen
65 "Freien Netz Süd" und der Partei "DIE RECHTE" zuletzt zwei weitere
66 Organisationen gebildet, die den Nationalsozialismus offen verherrlichen,
67 klassischen Antisemitismus und Revisionismus verbreiten und oft auch Gewalt
68 gegen politische Gegner*innen und Geflüchtete ausüben. Obwohl die klassisch-
69 neonazistische Szene in letzter Zeit etwas aus dem Blickfeld vieler geraten ist,
70 darf sie doch auf keinen Fall unterschätzt werden. Sie stellt nach wie vor eine
71 große Gefahr für alle Personengruppen dar, die nicht in ihr menschenverachtendes
72 Weltbild passen.

73 . Deswegen lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern insbesondere eine staatliche
74 Parteienfinanzierung solcher NS-verherrlichender Parteien strikt ab. Dazu kommen
75 - gerade in Bayern - die oft durch den "III. Weg" organisierten "Streifengänge"
76 neonazistischer "Bürgerwehren". Auch die "Soldiers of Odin" stellen eine weitere
77 Gruppe dar, die versuchen, auf der Straße durch Präsenz Menschen einzuschüchtern
78 und rassistisch motivierte Straftaten zu begehen. Die GRÜNE JUGEND Bayern
79 fordert daher ein sofortiges Verbot dieser Gruppierungen und stellt sich klar
80 gegen national-rassistisch motivierte Straftaten.

81 Die "Neue Rechte" - brauner Wein in blauen Schläuchen

82 Neben der klassisch-neonazistischen ist in den letzten Jahren eine neue, sehr
83 heterogene rechtsextreme Bewegung entstanden, die sogenannte "Neue Rechte".
84 Hierzu sind insbesondere die "Identitäre Bewegung" und die Initiative "1% für
85 unser Land" zu zählen, aber auch Einzelpersonen wie Götz Kubitschek und große
86 Teile der AfD. Die Akteur*innen der "Neuen Rechten" setzen auf reichweitenstarke
87 Aktionen und werden dabei immer wieder gewalttätig. Viele vertreten einen
88 völkischen Nationalismus, der oft an ähnliche Konzepte des NS erinnert. Dieser
89 wird hinter einer vermeintlichen "deutschen Identität" versteckt, welche durch
90 ansprechende Aufbereitung in Social Media besonders junge Menschen ansprechen

91 soll. So versucht besonders die "Identitäre Bewegung" Rassismusvorwürfe zu
92 umgehen und ist deswegen hochgefährlich. Mit der AfD besitzt die "Neue Rechte"
93 nun auch einen parlamentarischen Arm, der diesen Raum für seine
94 menschenverachtende Agitation nutzt.

95 Rechte Hetze raus aus den Medien und den sozialen Netzwerken

96 Doch nicht nur offline, auch im Netz zieht menschenverachtendes Gedankengut
97 weite Kreise, rechte Blogs, Facebookseiten und Instagramaccounts haben häufig
98 eine sehr große Reichweite und nutzen sie, um dieses insbesondere unter jungen
99 Menschen zu verbreiten. Auch sind für den Laien derartige Seiten häufig nicht
100 eindeutig nach rechts zu verorten. Erst bei genauerem Hinsehen wird klar,
101 welches eigentliche Gedankengut hinter den vielfach geteilten Posts steht.
102 Rechte Gruppen nutzen ihre Social-Media-Netzwerke auch zu gezielten Shitstorms
103 und versuchen im Extremfall, unliebsame Personen durch Morddrohungen mundtot zu
104 machen. Oftmals werden solche Delikte von der Polizei aus Unwissenheit oder
105 Unwillen nicht verfolgt.

106 Das Internet darf jedoch kein rechtsfreier Raum sein in dem Rechte
107 unwiderrspochen und ungestraft Menschen beleidigen und gegen Minderheiten hetzen
108 können - vielmehr müssen volksverhetzende Inhalte klar benannt und verfolgt
109 werden! Opfer von rechts motiviertem Cyber-Stalking und -Mobbing müssen ernst
110 genommen werden und Hilfe erhalten. Zudem muss dieses Verhalten verfolgt und
111 bestraft werden, das Internet darf kein Platz für menschenverachtende Hetze und
112 Ideologien sein!

113 Darüber hinaus propagieren Verlage wie zum Beispiel "Antaios" oder
114 "Manuscriptum", die Wochenzeitschrift „Junge Freiheit" oder auch das
115 "Compact"-Magazin die Inhalte der "Neuen Rechten", in den von ihnen verlegten
116 Medien und versuchen so, diese gesellschaftsfähig zu machen.

117 Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen insbesondere die Veranstalter*innen von
118 Buchmessen auf, solchen rechtsextremen Verlagen keine Bühne zu bieten!

119 Antifaschistische Zivilgesellschaft stärken!

120 Für uns ist klar: diesem Treiben darf nicht länger tatenlos zugesehen werden!
121 Egal ob alte oder neue Nazis - wir stellen uns als antifaschistischer
122 Jugendverband klar und deutlich gegen jede Art von Rassismus, Nationalismus,
123 Chauvinismus und Antisemitismus und Antiziganismus. Unser Ziel ist es, AfD, NPD,
124 Identitäre und Co. aus der Gesellschaft zurückzudrängen. Es gilt, in der
125 öffentlichen Debatte die Deutungshoheit zurückzugewinnen. Unsere Mittel dafür
126 sind vielfältig. Wir wollen diesen Feind*innen der Menschlichkeit keinen Raum
127 auf der Straße geben und werden uns als GRÜNE JUGEND Bayern wo immer möglich an
128 antifaschistischen Protesten gegen Naziaufmärsche beteiligen. Wir werden
129 versuchen, mit Bildungsangeboten junge Menschen für menschenverachtende
130 Einstellungen zu sensibilisieren.

131 Darüber hinaus sind auch gesamtgesellschaftliche Bildungsmaßnahmen notwendig. In
132 der Schule muss ein deutlich größeres Augenmerk auf die Erkennung und Bekämpfung
133 menschenverachtender Ideologien gelegt werden. Zivilgesellschaftliche Initiativen
134 gegen Rassismus sollten vom Staat unterstützt und nicht aufgrund vermeintlichen
135 "Linksextremismus" kriminalisiert werden. Ziviler Ungehorsam muss dringend
136 entkriminalisiert werden. Auch Blockaden von Naziaufmärschen sind
137 Meinungsäußerungen. Eine kurzfristige und unkomplizierte Anmeldung von

138 Gegendemonstrationen muss möglich sein. Außerdem darf der Staat durch
 139 unverhältnismäßige Auflagen eine Demonstration weder einschränken noch
 140 unterbinden. Offensichtlich neonazistische Demonstrationen dürfen keinen Zugang
 141 zu Straßen und Plätzen erhalten, die im Zusammenhang mit dem Gedenken an den NS
 142 stehen.

143 Außerdem müssen die Opfer rechter Gewalt als solche anerkannt, ernst genommen
 144 und angemessen entschädigt werden. Es kann nicht sein, dass rassistische
 145 Gewalttaten wie das Attentat am Münchner Olympiaeinkaufszentrum nicht als solche
 146 benannt und rechte Hintergründe weiterhin in vielen Fällen ignoriert werden.

147 Neben der Zivilgesellschaft muss auch der Staat stärker gegen rechtsextreme
 148 Organisationen vorgehen. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen, der NPD die
 149 staatliche Parteifinanzierung zu streichen, wie es das
 150 Bundesverfassungsgericht 2017 angeregt hat. Darüber hinaus muss der
 151 Parteienstatus des "III. Weg" geprüft werden und bei einer Aberkennung ein
 152 Verbot erfolgen. Weiterhin fordert die GRÜNE JUGEND Bayern das Verbot der
 153 "Identitären Bewegung" und der "Initiative 1% für unser Land". Auch das Handeln
 154 und die Verbindungen der AfD zur gewaltbereiten rechten Szene müssen in den
 155 Fokus der Sicherheitsbehörden. Die Polizei muss für die Erkennung und Bekämpfung
 156 von Straftaten mit rechter Motivation besser geschult werden. Insbesondere bei
 157 rechten Demonstrationen muss das Zeigen verbotener Symbole konsequent
 158 unterbunden und strafrechtlich verfolgt werden. Ebenso muss klar und deutlich
 159 gegen die Streifengänge rechter "Bürgerwehren" vorgegangen und diese konsequent
 160 unterbunden werden. Auch hier muss bei festen Gruppierungen wie den "Soldiers of
 161 Odin" ein Verbot geprüft werden.

162 "Reichsbürger*innen"

163 Bayern ist zudem das Bundesland mit den meisten sogenannten
 164 "Reichsbürger*innen". Derzeit zählt diese Szene 3500 Menschen und hat sich in
 165 den letzten zwei Jahren verdoppelt. "Reichsbürger*innen" erkennen die
 166 Bundesrepublik nicht als Staat an und verbreiten oftmals rechtsextreme und
 167 revisionistische Ansichten und wollen das "Deutsche Reich" von 1937 oder 1918
 168 zurück. Viele der "Reichsbürger*innen" besitzen Waffen, sind gewaltbereit und
 169 planen einen gewaltsamen Umsturz. Manche von ihnen arbeiten auch im öffentlichen
 170 Dienst, zum Beispiel der Polizei. Die CSU-Staatsregierung hat diese
 171 rechtsextreme Strömung viel zu lange gewähren lassen! Beschäftigte im
 172 öffentlichen Dienst, denen zweifelsfrei eine Zugehörigkeit zur
 173 „Reichsbürger*innen“-Bewegung nachgewiesen werden kann, müssen sofort aus ihren
 174 Positionen entfernt werden. Zudem muss ein sofortiges Waffenverbot für alle
 175 „Reichsbürger*innen“ erlassen werden.

176 "Nie wieder" oder "immer noch"?

177 Es wird bald keine Zeitzeug*innen von Shoa und NS mehr geben. Umso
 178 erschreckender ist es, dass man zurzeit kein großartiges Problem bekommt, wenn
 179 man sich positiv auf den NS bezieht, Rassismus oder Antisemitismus verbreitet
 180 oder sich das sogenannte "Deutsche Reich" zurückwünscht. Es ist eine
 181 gesamtgesellschaftliche Aufgabe und auch die der GRÜNEN JUGEND Bayern, sich
 182 solchen Tendenzen entschlossen in den Weg zu stellen. Wir werden alles dafür
 183 tun, damit sich die deutsche Geschichte nicht wiederholt!

Begründung

Erfolgt mündlich.